LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
17. Wahlperiode

Drucksache **17/8044**

02.12.2019

Kleine Anfrage 3206

der Abgeordneten Markus Wagner und Andreas Keith AfD

„Fridays-for-Linksextremismus“? Wird die „Fridays-for-Future“-Bewegung von Linksextremisten unterwandert?

Mehrere Medien berichteten, dass die Klimaschutzaktivisten der „Fridays-for-Future“-Bewegung zunehmend linksextremistisch unterwandert werden.

So berichtet die "Bild am Sonntag“ unter Berufung auf eine Einschätzung nordrhein-westfälischer Behörden im Zusammenhang mit der am 21. Juni 2019 geplanten Großveranstaltung von Fridays-for-Future in Aachen: „Fridays for Future‘ stützt sich (...) bei der Vorbereitung der Großveranstaltung am 21. Juni 2019 in Aachen auch auf das organisatorische Know-how von Angehörigen der linksextremistischen Szene.“ Angeblich gäbe es konkrete Verbindungen zur vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppe „Interventionistische Linke.[1]

In Gelsenkirchen haben Mitglieder der vom Verfassungsschutz beobachteten Jugendorganisation „Rebell“ der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschland die offizielle Ortsgruppe von „Fridays-for-Future“ gekapert. Sogar über die offizielle Internetpräsenz der „Fridays-for-Future“-Bewegung wird man per Link zu einer WhatsApp-Gruppe weitergeleitet, die von den MLPD-Aktivisten betrieben wird. Auf mehreren Demonstrationen der „Fridays-for-Future“-Bewegung wurden MLPD und Rebell-Fahnen gezeigt, sowie in Wortbeiträgen zum Beitritt zu Rebell aufgefordert.[2]

Auch bundesweit wird vermehrt auf eine zunehmende Verflechtung von „Fridays-for-Future“ und linksextremen Organisationen hingewiesen.

[1] https://www.focus.de/politik/deutschland/fridays-for-future-sicherheitsbehoerden-warnen-linksextreme-wollen-klima-demos-unterwandern_id_10830515.html.
[2] https://www.bento.de/politik/gelsenkirchen-fridays-for-future-von-linksradikaler-mlpd-gekapert-a-ba860023-f1ec-4bd1-a85d-cffad5815df1#refsponi.

Datum des Originals: 29.11.2019/Ausgegeben: 02.12.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

In Hamburg rief die Interventionistische Linke zu Verkehrsblockaden im Anschluss an die Demonstration von „Fridays-for-Future“ auf.[3] In Hannover gaben „Fridays-for-Future“ und die Interventionistische Linke eine gemeinsame Pressekonferenz, bei der die Zusammenarbeit gelobt wurde.[4] Der Verfassungsschutz warnte bereits vor dem Versuch von Linksextremisten, über das Thema Klimawandel Anschlussfähigkeit an das demokratische Spektrum zu erhalten und insbesondere Jugendliche an die linksextreme Szene zu binden.

Im aktuellen Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2018 wird explizit vor der Vernetzung mit und Vereinnahmung von demokratischem Protest durch Linksextremisten gewarnt. Dort heißt es:

„Die von der Interventionistischen Linken verfolgten Ziele, bürgerlich-demokratisches Protestpotenzial für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, die Grenzen zwischen extremistischem und demokratischem Protest zu verwischen und sich als Teil einer legitimen Protestbewegung Linksextremismus zu inszenieren, sind insofern erneut aufgegangen.[5]“

Besorgniserregend ist, dass im demokratischen Spektrum die Akzeptanz für linksextremistische Positionen gestiegen ist:

„Was in der Zivilgesellschaft unter dem Stichwort „Abgrenzungsreflex“ über Jahre hinweg insbesondere in Bezug auf Rechtsextremisten zu beobachten war, wurde im Hinblick auf linksextremistische Bündnisse und Kampagnen im Berichtszeitraum stark aufgeweicht. Die Strategie von Extremisten, sich thematisch anschlussfähig und damit zum Bündnispartner demokratischer Akteure zu machen, ging in vielen Fällen im Linksextremismus auf. Linksextremistische Positionen wurden von demokratischen Bündnispartnern entweder übersehen oder als notwendiges Übel in Kauf genommen wurden.“[6]

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Welche aktuellen Erkenntnisse hat die Landesregierung über Bestrebungen der Beeinflussung und Infiltration der „Fridays-for-Future“-Bewegung durch Linksextreme?

2. Welche aktuellen Erkenntnisse hat die Landesregierung über Bestrebungen der Beeinflussung und Infiltration von Klima-, Umwelt- und Tierschutzaktivisten durch Linksextreme?

3. Wie schätzt die Landesregierung angesichts radikaler Klimaschutzaktivisten, wie „Extinction Rebellion“, das Radikalisierungspotential der Klimaschutzbewegung ein?

4. Welche Maßnahmen führt die Landesregierung durch, um eine linksextreme Radikalisierung der Klimaschutzbewegung und insbesondere „Fridays-for-Future“ zu verhindern?

[3] https://www.welt.de/regionales/hamburg/article200507550/Fridays-for-Future-Linksextreme-wollen-bei-Klimastreik-Verkehr-lahmlegen.html.
[4] https://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/Kooperation-mit-Linksextremen-Radikalisiert-sich-Fridays-for-Future.
[5] Verfassungsschutzbericht für Nordrhein-Westfalen, S. 158..
[6] Ebd., S. 161..

5. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über das Entstehen einer Mischszene aus linksextremen Bestrebungen einerseits und „Extinction Rebellion“, „Fridays-for-Future“ bzw. der Klimaschutzbewegung anderseits?

Markus Wagner
Andreas Keith